



DIE KLIMAFINANZIERUNGSLÜCKE SCHLIEßEN

**CARE ZUR COP29
POSITIONSPAPIER ZUR
WELTKILIMAKONFERENZ 2024**



EINLEITUNG

Wetterextreme untergraben sozioökonomische Entwicklung. Nichthandeln übersteigt beim Klimaschutz die Kosten für Handeln.

In den letzten Jahren fallen Klimarekorde wie Dominosteine: Der Sommer 2024 war der heißeste aller Zeiten und brach den Höchststand von 2023, als extreme Hitze mehrere Kontinente heimsuchte und die Meerestemperaturen in alarmierende Höhen stiegen ließ, was Anlass zu düsteren Warnungen vor den Auswirkungen der Klimakrise gab. Der State of Global Climate Report zeigt zudem, wie extreme Wetterereignisse die sozioökonomische Entwicklung untergraben und die CARE Vision einer Welt der Hoffnung, der Integration und der sozialen Gerechtigkeit bedrohen, in der Armut überwunden ist und alle Menschen in Würde und Sicherheit leben können.

Die Vorteile des Klimaschutzes übersteigen die Kosten der Klimakrise bei weitem: Die Umstellung auf 1,5 Grad-kompatible Klimaschutzmaßnahmen erfordert weltweit rund 266 Billionen Dollar – nur ein Zehntel der Summe, die in einem Weiter-So-Szenario Prognosen zufolge für klimabedingte Verluste anfallen würde (2 328 Billionen Dollar). Diese verheerenden Auswirkungen der Klimakrise treffen uns zwar alle, aber diejenigen unter uns, die ohnehin schon anfällig sind, leiden am meisten. Die Folgen erstrecken sich auf Bereiche wie Armutsbekämpfung, Geschlechtergerechtigkeit und Ernährungssicherheit und verstärken die Risiken für Infrastruktur, politische Stabilität und Sicherheit.

Insbesondere arme Frauen und Mädchen in gefährdeten Gemeinschaften sind unverhältnismäßig stark betroffen, dabei haben sie meist am wenigsten zur Klimakrise beigetragen. Gleichzeitig werden sie bei Verhandlungen zu Bewältigungs- und Anpassungsstrategien oft ausgegrenzt.

Die Klimakrise ist damit ein „Bedrohungsmultiplikator“: Sie verstärkt bestehende Ungleichheiten zusätzlich.

Arme Frauen und Mädchen in gefährdeten Gemeinschaften sind unverhältnismäßig stark betroffen und werden bei Gesprächen über Maßnahmen zur Bewältigung ausgegrenzt, dabei haben sie am wenigsten zur Klimakrise beigetragen.

Bei CARE versuchen wir, das große Ganze zu sehen: Als Fürsprecher:innen bringen wir unsere Erfahrungen aus 75 Jahren humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in die Klimaverhandlungen ein.

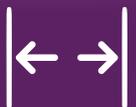
Mit einer integrativen, gerechten und geschlechtertransformativen Klimapolitik wollen wir die Widerstandsfähigkeit der ärmsten und am marginalisiertesten Menschen in den am stärksten von der Klimakrise betroffenen Gegenden unterstützen. Denn es sind diese Menschen, die über viel Kraft, Resilienz und das Potenzial zur Anpassung verfügen und die in ihrem täglichen Widerstand gegen die Klimakrise gezielt gestärkt werden müssen.

Auf der COP29 wollen sich die Vertragsparteien auf ein neues Ziel für die Klimafinanzierung nach 2025 einigen, ein neues „Quantum“, allgemein bekannt als New Collective Quantified Goal (NCQG). Dabei geht es nicht nur ums Geld: Auch der Gender-Aktionsplan (GAP) wird überarbeitet. Die Vertragsparteien müssen hier unbedingt sicherstellen, dass Geschlechtergerechtigkeit im Mittelpunkt des neuen Klimafinanzierungsziels und aller anderen Themen steht, die verhandelt werden.

Auf der COP29, die auch als „Finanzierungs-COP“ bezeichnet wird, fordert CARE die Parteien auf, sich zu einem ehrgeizigen, zweckorientierten und reaktionsschnellen Klimafinanzierungsziel zu verpflichten, das einen genderspezifischen Ansatz zum Schutz der vulnerabelsten Gruppen beinhaltet.

ZENTRALE FORDERUNGEN ZUR COP29

- Industrieländer müssen die Klimafinanzierung aufstocken und jährlich eine Billion US-Dollar an institutioneller Unterstützung für das post-2025 New Collective Quantified Goal (NCQG) bereitstellen. Dieses Ziel sollte rechte- und bedürfnisorientiert ausgerichtet sein. Finanzierungen sollten in erster Linie in Form von Zuschüssen ausgezahlt werden, um eine zusätzliche finanzielle Belastung für Etats der oft verschuldeten Länder zu vermeiden. Zudem sollten Beiträge zusätzlich zur bestehenden Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) geleistet werden.
- Die NCQG sollte die Anpassungslücke in der Klimafinanzierung schließen und den effizienten Zugang und Fluss der Anpassungsfinanzierung für marginalisierte Gruppen sicherstellen. Hier sollten insbesondere von Frauen geführte lokale Initiativen und lokale Organisationen im Blick behalten werden.
- Das *Lima Work Programme on Gender* und der Gender-Aktionsplan sollten fertiggestellt und progressiver, transformativer und inklusiver gestaltet werden. Zudem muss die Umsetzung mit ausreichender Klimafinanzierung ausgestattet werden.



- Der Fonds für Verluste und Schäden (Loss and Damage Fund, L&DF) muss verhältnismäßig zur jeweiligen historischen Verantwortung der Industrieländer für die Klimakrise vollständig ausgestattet werden. Das Governance Rahmenwerk sollte eine einfach zugängliche, nicht zusätzlich schuldenverursachende technische und finanzielle Unterstützung zur Verfügung stellen, die den Bedürfnissen der darauf zugreifenden Länder gerecht wird.
- Die Vertragsparteien sollten gezielt Maßnahmen für eine klimaresistente Landwirtschaft und ein klimaresistentes Ernährungssystem unterstützen und finanzieren. Schon jetzt sind 300 Millionen Menschen, und hier oft insbesondere Frauen, von der Ernährungskrise betroffen. Extremwetterereignisse verschärfen die Ernährungsunsicherheit: Gemeinden, die Überschwemmungen, Dürren oder Stürme erlebt haben, sind noch bis zu fünf Jahre nach diesen Katastrophen von Nahrungsmittelknappheit betroffen.
- Die Industrieländer müssen bis 2025 stärkere und ehrgeizigere nationale Klimaschutzbeiträge (Nationally Determined Contributions, NDCs) vorlegen, die Kapazitäten für erneuerbare Energien verdreifachen, aus den fossilen Brennstoffen aussteigen und den Ländern des sogenannten globalen Südens einfach zugängliche Finanzmittel und Technologieentwicklung zur Verfügung stellen.

Finanzierung für Klimagerechtigkeit

2009 verpflichteten sich die Industrieländer zur Unterstützung von Klimaanpassungs- und Minderungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern. Sie versprachen, bis 2020 neue und zusätzliche Finanzmittel in Höhe von mindestens 100 Milliarden USD jährlich bereitzustellen. Mit dem Pariser Abkommen von 2015 wurden die finanziellen Unterstützungsverpflichtungen für die Gruppe der Industrieländer erneuert und verlängert.

Dies ist bislang ein weitgehend leeres Versprechen geblieben: Während [die Industrieländer](#) behaupten, das gesetzte Ziel sei 2022 erreicht worden, besteht der größte Teil der sogenannten „Klimafinanzierung“ bislang aus Krediten, die die Länder des sogenannten Globalen Südens zurückzahlen müssen, häufig sogar zu marktüblichen Zinssätzen. [Oxfam](#) hat darüber hinaus dargelegt, dass der tatsächliche Unterstützungsanteil an der behaupteten Klimafinanzierung nur etwa ein Drittel beträgt. Außerdem sollte die internationale Klimafinanzierung zusätzliche Mittel zur Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA), welche der Armutsbekämpfung und anderen Entwicklungsprioritäten dient, bereitstellen. Die CARE-Studie [Seeing Double](#), die im September 2023 veröffentlicht wurde, hat jedoch ergeben, dass 93 Prozent der von den reichen Ländern gemeldeten Klimafinanzierung zwischen 2011 und 2020 direkt von der Entwicklungszusammenarbeit abgezogen wurden, was den Fortschritt bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung gefährden könnte.

Der Bericht [Hollow Commitments](#) zeigt, dass es den reichen Ländern an klaren Plänen fehlt, um das Ziel einer Verdopplung der Klimafinanzierung bis 2025 zu erreichen, und dass große Klimafinanzierungsgeber wie Deutschland, Großbritannien und die USA sich schwertun, ihre bestehenden Klimafinanzierungsziele zu erreichen. Die Klimafinanzierung ist jedoch ein zentraler Bestandteil des Pariser Abkommens: Das auf der COP29 zu vereinbarende neue Klimafinanzierungsziel (NCQG) wird den Umfang der finanziellen Mittel festlegen, die die Industrieländer nach 2025 bereitstellen und mobilisieren müssen, um die stark betroffenen Länder des sogenannten globalen Südens bei ihren Klimaschutzmaßnahmen zu unterstützen.



TOP-PRIORITÄTEN

- Entwurf eines NCQGs für die Zeit nach 2025. Das neue Klimafinanzierungsziel sollte bedarfsorientiert sein und zu einer massiven Aufstockung der Klimafinanzierung führen.
- Bereitstellung von jährlich rund einer Billion Dollar an institutioneller Unterstützung von den Industrieländern für die Länder des sogenannten globalen Südens (in Form von Zuschüssen). Die Klimafinanzierung sollte in erster Linie in Form von Zuschüssen erfolgen und nicht in Form von Darlehen erfolgen, die die bereits verschuldeten Länder zusätzlich belasten. Dies ist auch entscheidend für eine geschlechtergerechte Operationalisierung des NCQGs, wenn man die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Verschuldung und unbezahlter Sorgearbeit vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Klimafolgen berücksichtigt.
- Keine Doppelzählung: Die Klimafinanzierung muss neu und zusätzlich zu den bestehenden ODA-Zusagen erfolgen. Notwendig ist die Einrichtung eines Mechanismus, der verhindert, dass Geber ein Projekt als "klimabezogen" einstufen, wenn es ursprünglich bereits im Rahmen einer anderen Regelung berichtet wurde.
- Das NCQG muss das wahre Ausmaß und die Dringlichkeit der Klimakrise auf lokaler Ebene widerspiegeln und insbesondere lokal geführte und gemeinschaftsbasierte Ansätze unterstützen. Die Finanzierung muss ehrgeizig sein, um den umfassenden Bedürfnissen der betroffenen Länder gerecht zu werden und Unterziele für die Unterstützung von Minderung, Anpassung sowie Verlust und Schaden enthalten.
- Eine starke Transparenz- und Rechenschaftsstruktur, mit einer Definition von Klimafinanzierung sowie Systemen zu jährlicher Berichterstattung und Überprüfung, muss geschaffen werden.
- Die Finanzierungsmodalitäten sollten flexibel sein, um den Zugang für gefährdete Gemeinschaften und Gruppen zu gewährleisten: hier sind insbesondere Frauen und Mädchen in ihrer ganzen Vielfalt zu nennen, aber auch indigene Gruppen, lokale Gemeinschaften, Jugendliche, Kleinbäuerinnen und viele mehr. Diese Finanzierungsmodalitäten sollten geschlechtsspezifisch ausgerichtet sein, um die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen in den betroffenen Gemeinschaften und die Beteiligung an Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen. Der NCQG-Beschluss sollte operative Elemente der geschlechtergerechten Haushaltsplanung enthalten.

KLIMAGERECHTIGKEIT IST GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Für CARE ist Geschlechtergerechtigkeit ein Eckpfeiler der Klimaschutzmaßnahmen. Die Auswirkungen der Klimakrise sind stark genderspezifisch, wobei Frauen und Mädchen aufgrund von Armut und kulturellen Normen einem höheren Risiko durch extreme Wetterereignisse ausgesetzt sind.

Ein gendergerechter Umgang mit der Klimakrise bedeutet ein grundlegendes Engagement für die Bewältigung der miteinander verknüpften Probleme der Klimakrise und der Geschlechtergerechtigkeit, da die Klimakrise Ungleichheit noch verschärft.

Gleichzeitig sind Frauen und Mädchen oft die Ersthelferinnen, die auf Krisen reagieren. Sie sind weltweit aktiv geworden, um die Reaktionsmöglichkeiten zu vergrößern. Sie haben traditionelle und klimaresistente Nutzpflanzen wiederentdeckt, sie haben neue Methoden entwickelt, um Regenwasser zu sammeln und zu sparen, und sie haben Frühwarnmechanismen entwickelt und installiert, um ihre Gemeinden besser vor extremen Wetterereignissen zu schützen.

Frauen haben wesentlichen Anteil an der Lösung der Klimakrise und ihr Fachwissen und ihre Führungsqualitäten sind der Schlüssel zur Bewältigung der bestehenden Herausforderungen. Trotzdem bleiben sie am Verhandlungstisch oft außen vor - wenn sie überhaupt anwesend sind. Alle Regierungen müssen hier aktiv werden und diesen Missstand verändern. Hier müssen sie ihren Einflussbereich sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene nutzen, um Klimaschutzmaßnahmen geschlechtergerechter zu machen.

Trotz einiger Fortschritte gibt es auch nach wie vor erhebliche Lücken bei der umfassenden Einbeziehung einer Genderdimension in die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC). Die COP29 wird deshalb von entscheidender Bedeutung sein für die Klimaverhandlungen zum Thema Gender: Sie wird sich nicht nur mit den kritischen Lücken in der Klimafinanzierung befassen, sondern auch die beiden Aktionspläne zur umfassenden Einbeziehung von Geschlechtergerechtigkeit in Klimapolitik und -maßnahmen erneuern und stärken.



Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen

Unzureichende Finanzmittel sind nach wie vor die größte Herausforderung für die Klimaanpassung, deren entscheidende Bedeutung für die Verringerung der Vulnerabilität gegenüber der Klimakrise erst zu spät anerkannt wurde.

Im Jahr 2015 trug CARE auf der COP21 in Paris dazu bei, dass das Globale Ziel zur Anpassung an die Klimakrise (Global Goal on Adaptation - GGA) ins Leben gerufen wurde. Das im Pariser Abkommen festgelegte und in Artikel 7 des Vertrags verankerte GGA war ein entscheidender Schritt zur Verbesserung der Anpassungsfähigkeit, zur Stärkung der Resilienz und zur Verringerung der Vulnerabilität gegenüber der Klimakrise. Es hat die Anstrengung um die Anpassung von einem lokalen Unterfangen zu einem globalen Ziel aufgewertet, das in die Bemühungen um nachhaltige Entwicklung eingebettet und mit den Minderungszielen verknüpft ist, zu welchen sich die Regierungen im Abkommen verpflichtet haben.

Im Jahr 2021 wurde auf der COP26 in Glasgow, Schottland, das Glasgow-Sharm el-Sheikh-Arbeitsprogramm zum Globalen Anpassungsziel (GlaSS) ins Leben gerufen, ein zweijähriger Arbeitsplan zum besseren Verständnis, Konzeption und schließlich Verwirklichung des globalen Ziels. Ziel war es, die Schlüsselemente wie Methoden, Indikatoren, Messgrößen und Datenquellen der GGA zu definieren, um die Bewertung von Anpassungsfortschritten besser unterstützen und Anpassungsmaßnahmen durch ländergesteuerte Prozesse fördern zu können.

Auf der COP27 in Ägypten lieferte CARE Beiträge zur Entwicklung eines spezifischen Rahmens: Die Vertragsparteien einigten sich darauf, eine Struktur für die Erreichung der GGA zu schaffen, die auf der COP28 in Dubai angenommen werden sollte.

Die Konferenz in den Vereinigten Arabischen Emiraten (UAE) markierte einen bedeutenden Meilenstein in der Frage, wie die Fortschritte auf dem Weg zum GGA operationalisiert und gemessen werden können. Auf der COP28 haben die Parteien das UAE-Framework for Global Climate Resilience (UAE-GFCR), in dem sieben Themenbereiche und vier Dimensionen als Ziele für das GGA festgelegt sind, etabliert. Der Rahmen definiert zudem einen Weg zur Festlegung von Indikatoren zur.

Fortschrittsmessung in Form eines zweijährigen Arbeitsprogramms, das im Ausblick auf die COP30 in Belém, Brasilien, als UAE-Belém-Arbeitsprogramm (UNFCCC, 2023, Absatz 39) bezeichnet wird. Zwar besteht ein Konsens darüber, dass die Anpassung an die Klimakrise unabdingbar ist, doch die Finanzierung lässt auf sich warten. Die Finanzmittel der.

Industrieländer und multilateralen Organisationen sind nach wie vor zu stark auf Minderung ausgerichtet und entsprechen nicht dem aktuellen Anpassungsbedarf der vulnerablen Länder. Auf der COP26 verpflichteten sich die Industrieländer, ihre Finanzmittel für die Anpassung an die Klimakrise bis 2025 gegenüber 2019 zu verdoppeln - ein wichtiger Meilenstein bei der Beseitigung des Ungleichgewichts zwischen Anpassungs- und Minderungsfinanzierung. CARE begrüßt diese Zusage, auch wenn sie nur ein Tropfen auf dem heißen Stein der eigentlich erforderlichen Finanzierung ist: Die oben genannten CARE-Berichte sowie der 2023 Adaptation Gap Report des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) zeigen, dass die Lücke in der Anpassungsfinanzierung immer größer wird und die Industrieländer es bisher versäumt haben, einen Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtung aufzuzeigen.



TOP-PRIORITÄTEN

- Eine ehrgeizige Entscheidung über die Kartierung, Neudefinition und Zusammenstellung der bestehenden Indikatoren, um ein globales Anpassungsziel zu schaffen. Dazu gehört ein klarer Zeitplan und Details zu den nächsten Schritten des gemeinsamen Ansatzes, der Methodik für die Entwicklung neuer Indikatoren sowie der anstehenden Arbeiten bis zur COP30.
- Angemessene und wirksame Beteiligung verschiedener technischer Expert:innen im Rahmen des *United Arab Emirates– Belém work programme* (UAE-BWP), u.a. in:
 - Kartierung bestehender Indikatoren, Überprüfung und Verfeinerung der Zusammenstellung von Indikatoren;
 - Entwicklung neuer Indikatoren insbesondere bei festgestellten Lücken im Erhebungsprozess;
 - Gewährleistung eines integrativen Prozesses, einschließlich einer ausgewogenen geografischen Streuung und einer angemessenen Berücksichtigung von Expert:innen aus dem sogenannten globalen Süden, in denen die Anpassung ein vorrangiges Thema ist.
- Die Finanzierungskanäle für die Anpassung müssen reformiert werden, um die Mittelzuweisungen zu erhöhen und den Zugang für marginalisierte Gemeinschaften zu gewährleisten, indem administrative Hürden abgebaut werden; lokale Institutionen, insbesondere von Frauen und Mädchen geführte Gruppen und Organisationen, müssen gezielt finanziert und unterstützt werden. Dabei sollten zentrale Prinzipien der lokal geführten Anpassung und Resilienzbildung umgesetzt werden.

- Unterstützung und Finanzierung von Maßnahmen für eine klimaresistente Landwirtschaft und ein klimaverträgliches Ernährungssystem zur Bewältigung [der Ernährungs Krise, von der fast 300 Millionen Menschen](#), insbesondere Frauen, [betroffen sind](#). Extreme Wetterereignisse verschärfen die Ernährungsunsicherheit, und Gemeinden, die von Dürren oder Stürmen betroffen waren, leiden noch bis zu fünf Jahre nach diesen Katastrophen unter Nahrungsmittelknappheit. Steigende Temperaturen fordern weiterhin Menschenleben und Lebensgrundlagen und machen den Anbau von Lebensmitteln zu einer Herausforderung, insbesondere für diejenigen, die im informellen Sektor arbeiten. Regierungen sollten in die Wiederherstellung gesunder Böden und den Schutz von Ökosystemen, einschließlich Mangroven und Binnenwäldern, investieren, um eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion zu unterstützen, Nahrungsmittelverluste und -abfälle zu verringern, eine nachhaltige Ernährung zu fördern und die Ernährung insgesamt zu verbessern. Bei den Bemühungen der verschiedenen Interessengruppen müssen auch die Stimmen der Lebensmittel produzierenden Gemeinschaften berücksichtigt werden, insbesondere der von Frauen geführten Initiativen, um Geschlechtergerechtigkeit, Ernährungssicherheit und Klimaresilienz durch lokales Unternehmertum, Innovation und Entwicklung zu erreichen.
- Ermittlung von Lösungen zur Verringerung der negativen Auswirkungen der Klimakrise auf die Gesundheit gemäß der Erklärung der COP28 zu Klima und Gesundheit. Es ist entscheidend, Finanzmittel bereitzustellen, um die Gesundheitssysteme klimaresilienter zu machen: Dazu gehören der Bau von Gesundheitseinrichtungen, die Katastrophen standhalten können, und Investitionen in die Ausbildung von Gesundheitsfachkräften als wichtige Akteure zur Vorbeugung, Vorbereitung und Reaktion auf klimabedingte Notfälle in ihren Gemeinden, um Todesfälle durch Luftverschmutzung, Hitze und/oder vektor-, wasser- und lebensmittelbedingte Krankheiten zu verhindern.
- Im Einklang mit der [Erklärung zur gemeinsamen Agenda für Bildung und Klimawandel](#), auf die sich die Vertragsparteien auf der COP28 geeinigt haben, sind mehr globale und nationale Finanzmittel erforderlich, um die Erholung des Bildungswesens zu unterstützen, Lücken zu schließen und klimafähige Systeme und klimafähige Lernende durch Maßnahmen der Klimaanpassung und -minderung zu entwickeln.
- Im Einklang mit der [Erklärung zur gemeinsamen Agenda für Bildung und Klimawandel](#), auf die sich die Vertragsparteien auf der COP28 geeinigt haben, sind mehr globale und nationale Finanzmittel erforderlich, um die Erholung des Bildungswesens zu unterstützen, Lücken zu schließen und klimafähige Systeme und klimafähige Lernende durch Maßnahmen der Klimaanpassung und -minderung zu entwickeln.

FRAUEN FÜHREN ANPASSUNGSLÖSUNGEN AN

Virginia wuchs als indigene Bäuerin in Ecuador auf. Sie folgte dem Zyklus der Jahreszeiten für ihre Ernten; die Aussaatzeiten hatten Daten und Monate, ebenso wie der Regen. In den letzten zehn Jahren jedoch regnete es, wenn es nicht regnen sollte, und Dürre und Frost wurden immer stärker und häufiger. Für die 57-jährige Mutter von drei Kindern bedeutete dies mehr Arbeit und dennoch geringe Erträge.

In Ecuador werden die meisten Familienbetriebe von Frauen wie Virginia geführt: Für sie ist die Anpassung an die Klimakrise kein Notfallplan, sondern ein täglicher Kampf gegen die Wetterumschwünge. Durch die Arbeit mit CARE hat Virginia Fähigkeiten und Kenntnisse zur Resilienz erworben: durch die Wiederentdeckung einheimischer Pflanzen, die resistenter gegen die Klimakrise sind, und durch die Teilnahme an Ad-hoc-Schulungen in agrarökologischen Schulen

Virginia leitet nun mehrere lokale Entwicklungsgruppen und hat Maßnahmen zum Schutz natürlicher Ressourcen, wie z. B. von Wasserläufen, und zur Wiederherstellung von Ökosystemen eingeleitet (Agroforstwirtschaft). Sie arbeitet mit den lokalen Behörden zusammen, um Frauen in die politische Entscheidungsfindung besser einzubeziehen. Sie hat ihre Fähigkeiten in die Gemeinschaft reinvestiert und mit CARE an der ersten Agrarökologieschule für Frauen in ihrer Provinz mitgearbeitet.

Das CARE-Projekt "She grows the future" hat 5.500 Kleinbäuerinnen in Vietnam, Indien, Ecuador und Madagaskar bei der Anpassung ihrer Anbaumethoden an die Auswirkungen der Klimakrise und bei der Diversifizierung ihrer Produktion unterstützt.



3 Geschlechtergerechte Klimamaßnahmen

Auf der COP25 in Madrid einigten sich die Vertragsparteien auf ein fünfjähriges erweitertes [Lima Work Programme on Gender \(LWPG\)](#) und einen Gender-Aktionsplan, um die Umsetzung der geschlechtsbezogenen Entscheidungen und Mandate im Rahmen des UNFCCC zu unterstützen. Im Juni 2024 wurde das aktuelle Arbeitsprogramm und der GAP überprüft, um den Weg für einen überarbeiteten GAP auf der COP29 zu ebnen.

Trotz Fortschritten gibt es noch große Lücken bei der Verankerung der Geschlechtergerechtigkeit in der Klimarahmenkonvention UNFCCC. Gleichstellungsfragen werden meist auf geschlechtsspezifische Verhandlungen beschränkt, was ihre Breitenwirkung einschränkt. Die nationalen Gender- und Klimawandel-Kontaktstellen (National Gender and Climate Change Focal Points) haben mit Kapazitäts- und Finanzproblemen zu kämpfen, und der GAP erzielt auf Länderebene kaum Wirkung. Darüber hinaus

werden die Zusagen zur Gleichstellung der Geschlechter immer schwächer, und Frauen sind bei der Entscheidungsfindung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen unterrepräsentiert.

Die COP im Jahr 2024 bietet den Vertragsparteien damit eine bedeutsame Plattform, um ein neues Arbeitsprogramm zu entwickeln und dabei eine entscheidende Gelegenheit zu nutzen, ihr Engagement für eine geschlechtergerechte Klimapolitik zu verstärken.



TOP-PRIORITÄTEN

- Fertigstellung des erweiterten [Lima Work Programme on Gender \(LWPG\)](#) und des Gender-Aktionsplans, sodass diese fortschrittlicher, transformativer und inklusiver werden und ausreichend Klimafinanzierung für die Umsetzung zur Verfügung steht. Die folgenden Aspekte müssen im Einklang mit dem [Beitrag der Women & Gender Constituency zur GAP-Überprüfung](#) sichergestellt werden:
 - Kohärenz, indem geschlechtsspezifische Ziele in alle Verhandlungsstränge integriert werden und prozessorientierte Aktivitäten gefördert werden, um den GAP reaktionsfähig und effektiv zu gestalten.
 - Klarheit, durch die Aufnahme eindeutiger Indikatoren und eines Zeitrahmens für die Verfolgung der Fortschritte, sowohl auf kollektiver Ebene als auch anhand aufgeschlüsselter Daten. Dabei müssen die Maßnahmen auf nationaler Ebene auf bestehende Prozesse und Ressourcen ausgerichtet werden.
 - Intersektionalität, damit geschlechtsspezifisch unterschiedliche Erfahrungen und Auswirkungen erkennbar und berücksichtigt werden. Dazu gehört die Einbindung von nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten in Bezug auf Alter, Ethnie, Ethnizität, Geografie, Herkunft, Migrationsstatus, Behinderung und anderen sich überschneidenden Identitäten.
 - Angemessene finanzielle Mittel für die Umsetzung des GAP und die Finanzierung geschlechtergerechter Klimamaßnahmen.
- Gewährleistung der vollständigen, gleichberechtigten, sinnvollen und sicheren Beteiligung von Frauen, Mädchen, Menschen mit Behinderungen, indigenen Bevölkerungsgruppen und Jugendlichen an UNFCCC-Dialogen und anderen globalen und nationalen Klimaprozessen. Ihre Führungsrolle ist von entscheidender Bedeutung für wirksame Klimamaßnahmen und sollte integraler Bestandteil der Planung, Umsetzung und Überwachung dieser Prozesse sein, um Inklusivität und vielfältige Perspektiven für umfassende Klimamaßnahmen zu stärken.
- Einbeziehung von Gender-Expert:innen in alle Phasen und Ebenen der Entwicklung, Umsetzung und Bewertung der UNFCCC-Politik.
- Konsultation mit und Einbeziehung der Ansichten von Frauenrechtsorganisationen und von Frauen geführten Organisationen, insbesondere aus dem Globalen Süden, bei der Berechnung von Risikoanalysen, der Projektentwicklung, -durchführung und -evaluierung sowie bei der Ausarbeitung von Strategien, die marginalisierten Gruppen zugutekommen sollen.
- Bereitstellung von Mitteln für Forschung, Wissensaustausch und die Einbeziehung von lokalem und indigenem Wissen, insbesondere von indigenen Frauen, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen den Rechten und Bedürfnissen marginalisierter Bevölkerungsgruppen tatsächlich gerecht werden.

FRÜHZEITIGE WARNUNGEN RETTEN LEBEN

Katastrophenschutzkoordinatorin zu werden, gehörte nicht zu Amiso Muses Lebensplänen. Doch als die durch die Klimakrise verursachten Sturzfluten in Kubo, ihrem Dorf im Norden Somalias, zunahmen, wusste sie, dass sie handeln musste, um ihre Gemeinde zu schützen.

Die Menschen aus Kubo erwirtschaften ihren Lebensunterhalt durch den Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den nahegelegenen Städten. Das Dorf liegt jedoch im Überschwemmungsgebiet: In jeder Regenzeit tritt der Fluss, der sich durch das Dorf schlängelt, über die Ufer, überflutet das Dorf, vertreibt Familien, ruiniert ihre Lebensgrundlage und stellt die Gemeinde dann vor die Herausforderung des Wiederaufbaus.

Amiso ist Mitglied in einem der 20 Frühwarnkomitees (early warning committees, EWCs), die mit Hilfe von CARE in Puntland und Somaliland eingerichtet wurden. Frauen sind oft die treibende Kraft innerhalb der Gemeinden, doch ihre Stimme bleibt trotzdem ungehört: Die EWCs beziehen sie nun ein und stellen sie in den Mittelpunkt. Frauen werden in grundlegenden Fähigkeiten des Katastrophenmanagements geschult, u.a. in der Erstellung von Aktionsplänen für eine schnelle und effektive Reaktion auf Naturgefahren, und ihre Beteiligung hilft anderen Frauen beim Zugang zu den Frühwarnsystemen. In einem anderen überschwemmungsgefährdeten Dorf, Ilma Adeer, spielten die Frauen eine Schlüsselrolle bei der Sensibilisierung für Strategien zur Verhinderung von Überschwemmungen: Dazu gehörte die Umsiedlung des Dorfes aus dem überschwemmungsgefährdeten Tiefland in höher gelegene Gebiete, obwohl das bedeutete, dass sie ihre angestammten Häuser zurücklassen mussten.

Gemeinsam mit CARE fungieren die EWCs als Bindeglied zur Katastrophenbehörde und arbeiten an der Verbesserung der Katastrophenvorsorge und -management. Dies reicht vom Aufbau von Sandsäcken zum Schutz von Häusern und Ernten bis zur Entwicklung eines Systems für den Informationsaustausch über WhatsApp-Chats, um eine rasche Verbreitung von entscheidenden Informationen zu ermöglichen.



© 2024 Walter Mawere/CARE



Finanzierung von Maßnahmen zur Beseitigung von Verlusten und Schäden

Auf der COP28 verabschiedeten die Vertragsparteien gleich am ersten Tag ihren ersten Beschluss über die Einrichtung eines Fonds für Verluste und Schäden (Loss and Damage Fund, L&DF). Diese Geschwindigkeit war ein Novum in der Geschichte der Konferenz und ein Meilenstein für die Klimagerechtigkeit. Es hatte 32 Jahre gedauert, bis die reichen, umweltverschmutzenden Länder zugestimmt hatten, die Länder des sogenannten globalen Südens für die Kosten der klimabedingten Schäden zu entschädigen. Die Einigung hat auch bewiesen, dass gemeinsamer und koordinierter Druck der betroffenen Länder und der Zivilgesellschaft wichtig ist und funktioniert.

CARE hat sich in den letzten zehn Jahren bei internationalen Klimaverhandlungen vehement dafür eingesetzt, dass die Finanzierung von Schäden und Verlusten stärker in den Vordergrund rückt und die Industrieländer zur Verantwortung gezogen werden. In den kommenden Jahren wird der Fonds endlich Unterstützung für die Menschen bereitstellen, die am stärksten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind, obwohl sie am wenigsten dazu beitragen. Die Vertragsparteien einigten sich auf die wichtigsten Funktionsprinzipien des L&DF, einschließlich der Frage, wer zahlen soll, wer davon profitieren wird und wo der Fonds angesiedelt sein wird.

Dieser Meilenstein hat jedoch auch seine Schattenseiten. Erstens, das Sekretariat: Die Weltbank, die als Träger des L&D-Sekretariats bestimmt wurde, investiert weiterhin in fossile Brennstoffe. Dies gibt Anlass zu Bedenken hinsichtlich ihrer Verwaltungspraktiken und ihres Engagements für die L&D-Grundsätze. Zweitens, der Gesamtbetrag: Die Regierungen haben es versäumt, ein Finanzierungsziel für den L&DF festzulegen. Und drittens, der wichtigste Punkt, die Verpflichtung: Die historischen Emittenten, insbesondere die Industrieländer, sind nicht verpflichtet, einen Beitrag zu leisten - ihr Beitrag zum Fonds ist freiwillig. Diese Bestimmung ist besonders besorgniserregend. Der globale Norden hat in der Vergangenheit eine schlechte Erfolgsbilanz bei der Einhaltung seiner Zusagen zur Klimafinanzierung: Die Länder haben das auf der COP15 in Kopenhagen festgelegte und vereinbarte Ziel von 100 Mrd. USD noch immer nicht erreicht.

Die ersten Zusagen für den L&DF, die von 16 Ländern gemacht wurden, belaufen sich auf 655,9 Millionen Dollar. Auch wenn dies den Eindruck erweckt, dass der Fonds keine leere Hülle ist, sind die Zusagen in Wirklichkeit dürftig: Um die tatsächlichen Kosten von Verlusten und Schäden bis 2030 zu decken, ist das Tausendfache erforderlich.

Im Juni 2024 legten Länder des sog. Globalen Südens und Beobachter:innen in Bonn verschiedene Empfehlungen vor, um die Umsetzung der neuen Finanzierungsvereinbarungen für Verluste und Schäden zu verbessern. Zu den Empfehlungen, die während des dritten und letzten Glasgow-Dialogs über Schäden und Verluste auf der 60. Sitzung des Unterorgans für die Umsetzung (SB60) vorgelegt wurden, gehörten die Verbesserung der Koordination, die Nutzung bestehender Mechanismen und die Gewährleistung eines umfassenden Ansatzes für sowohl wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Schäden und Verluste. Die betroffenen Länder betonten auch die Bedeutung von Inklusivität, menschenrechtsbasierten Ansätzen bei Verlusten und Schäden sowie die Aufrechterhaltung der Dynamik durch Dialoge auf hoher Ebene. Sie drängten auch darauf, die finanziellen Zusagen zu erhöhen, den Zugang zu den Mitteln zu vereinfachen und die Finanzierung in Form von Zuschüssen vorzunehmen.



Außerdem betonten sie, dass der hochrangige Dialog eine Plattform für kontinuierliche Diskussionen über Synergien, Kohärenz und die Berücksichtigung der praktischen Bedürfnisse gefährdeter Bevölkerungsgruppen sein muss.

In Dubai billigten die Regierungen auch den Vorschlag zweier UN-Organisationen - des UN-Büros für Katastrophenvorsorge und des UN-Büros für Projektdienste -, [gemeinsam das Sekretariat des Santiago Network for Loss and Damage \(SNLD\) zu übernehmen](#). Dies ebnet den Weg für eine rasche Einrichtung des auf der COP25 in Madrid vereinbarten Santiago-Netzwerks. Dieses Netzwerk wird die technische Unterstützung relevanter Organisationen, Gremien, Netzwerke und Experten bei der Umsetzung einschlägiger Ansätze zur Abwendung, Minimierung und Bewältigung von L&D auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene in besonders gefährdeten Ländern fördern.

Klimabedingte Verluste und Schäden untergraben das Recht auf Entwicklung von Einzelpersonen und Gemeinschaften, insbesondere in Ländern des globalen Südens. Es ist von größter Bedeutung, dass der Globale Norden sicherstellt, dass gefährdete Gemeinschaften ihr Menschenrecht auf Entwicklung verwirklichen können.



TOP-PRIORITÄTEN

- Die Vertragsparteien müssen sicherstellen, dass die neue Governancestruktur für Verluste und Schäden technische Hilfe und finanzielle Unterstützung in dem erforderlichen Umfang bereitstellt, der den Bedürfnissen der Länder des sog. globalen Südens und der von der Klimakrise am stärksten betroffenen Gemeinschaften gerecht wird.
- Der Fonds sollte vorrangig Zuschüsse gewähren, um zu verhindern, dass die Schuldenlast besonders klimaanfälliger Länder noch weiter ansteigt. Die Unterstützung muss zugänglich, transparent und partizipativ sein, um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse und Rechte der betroffenen Gemeinschaften im Mittelpunkt der Entscheidungsprozesse stehen.
- Die Politik des Fonds sollte sich an den Grundsätzen der Gleichheit, Inklusivität, Zugänglichkeit und Nichtdiskriminierung orientieren, wobei der Schwerpunkt auf der Unterstützung gefährdeter und marginalisierter Gruppen, insbesondere von Frauen und indigenen Völkern, liegen sollte.
- Die Industrieländer müssen den Fonds für Verluste und Schäden entsprechend dem wachsenden Bedarf und im Verhältnis zu ihrer historischen Verantwortung für die Verursachung der Klimakrise finanzieren. Der Globale Norden muss deutlich größere Zusagen machen, um den Bedürfnissen der von der Klimakrise gefährdeten Gemeinschaften gerecht zu werden, und innovative Finanzierungsquellen mobilisieren, etwa CO₂-Steuern für Unternehmen, die fossile Brennstoffe erzeugen.
- Die Finanzierung von Verlusten und Schäden muss in das NCQG aufgenommen werden, und zwar mit einem eigenen Unterziel, um neue, zusätzliche, vorhersehbare und angemessene Ressourcen für diese spezifischen Herausforderungen zu sichern.
- Das Santiago-Netzwerk für Verluste und Schäden muss über nachhaltige, vorhersehbare und ausreichende Ressourcen verfügen - finanziell, technisch und personell -, um die Kapazitäten der Länder zu stärken, auf durch die Klimakrise verursachte Schäden und Verluste zu reagieren.
- Die Vertragsparteien sollten Verluste und Schäden in ihren nächsten national festgelegten Beiträgen (NDCs) berücksichtigen, einschließlich Angaben zu Kostenschätzungen, um eine vorhersehbare und angemessene Finanzierung zu ermöglichen.

L&D COMPENSATION IS PEOPLE'S RIGHT

Nurunnahar, 44, ist eine blinde Mutter von vier Kindern in Sarankhola, einem der katastrophengefährdetsten Gebiete Bangladeschs. Im Jahr 2020 richtete der Zyklon Amphan verheerende Schäden an und zerstörte ihr ohnehin schon fragiles Haus. Jahre später kam ein Hoffnungsschimmer auf, als Nurunnahar von CARE im Rahmen des V20 Loss and Damage-Projekts eine Entschädigung in Höhe von 210.000 BDT (umgerechnet 1.944 US-Dollar) erhielt. Diese Zuwendung ermöglichte es Nurunnahar und ihrer Familie, ihr Leben wieder aufzubauen, beginnend mit dem Bau eines katastropheresistenten Hauses, das ihre körperlichen Einschränkungen berücksichtigt. Sie und ihre Familie wissen, dass sie nun besser gerüstet sind, um zukünftigen



Stürmen zu trotzen und sich an das veränderte Klima anzupassen. Bangladesch ist das siebtgefährdetste Land der Welt in Bezug auf Klimarisiken, und die wirtschaftlichen Verluste durch klimabedingte Schocks sind enorm: Im Zeitraum 2016-2021 haben Klimakatastrophen zwischen 0,8 und 1,1 Prozent des BIP des Landes vernichtet. Angesichts der zunehmenden Verluste und Schäden ist die Entschädigung ein Gebot der Klimagerechtigkeit, und die Finanzierung von Verlusten und Schäden muss rechtzeitig erfolgen: Die von Katastrophen betroffenen Gemeinschaften können nicht jahrelang warten.

5 Mitigation für Klimagerechtigkeit

Unser Planet heizt sich auf. Zwischen 2013 und 2023 lagen die globalen Durchschnittstemperaturen um 1,19 bis 1,22 °C über dem vorindustriellen Niveau - damit war es das wärmste Jahrzehnt seit Beginn der Aufzeichnungen. Zwischen Februar 2023 und Januar 2024 lag die globale Temperatur zum ersten Mal in einem ganzen Jahr mehr als 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau. Das Jahr 2023 brach alle Klimarekorde: Es war das wärmste Jahr, das jemals gemessen wurde, gleichzeitig erreichte die Förderung fossiler Brennstoffe und der Ausstoß von Treibhausgasen einen historischen Höchststand.

Dies verdeutlicht, wie schwierig es ist, die Erwärmung unter 1,5°C zu halten. Sowohl die **Forschung** als auch die Beschlüsse der Klimakonferenzen haben die Lücke zwischen den notwendigen Maßnahmen und der Realität klar bestätigt. Laut dem IPCC müssen die Emissionen spätestens bis 2025 ihren Höchststand erreichen und bis 2030 um 43 Prozent reduziert werden, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen.

In der Entscheidung der [Globalen Bestandsaufnahme \(Global Stocktake, GST\)](#) auf der COP28 wurde festgestellt, dass 80 Prozent des Kohlenstoffbudgets, mit dem mit einer 50 Prozent-Wahrscheinlichkeit, die globalen Temperaturen unter dem 1,5°C-Ziel gehalten werden könnten, bereits ausgeschöpft sind. Die Analyse des [UNEP Emission Gap Report 2023](#) zeigt, dass die vollständige Umsetzung der nicht an Bedingungen geknüpften [nationalen Klimaschutzbeiträge \(NDCs\)](#) die Welt bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf einen Temperaturanstieg von 2,9°C über dem vorindustriellen Niveau bringen würde. Selbst bei vollständiger Umsetzung der derzeitigen an Bedingungen geknüpften NDCs wäre die Erde auf dem Weg zu einem Temperaturanstieg von 2,5°C.

Auf der COP28 wurde zwar eine Einigung über den Übergang von fossilen Brennstoffen erzielt, aber der Grundsatz der historischen Verantwortung wurde nicht eingehalten, wodurch die reichen und emissionsstarken Länder unter dem Vorwand des "phase down" und der "Übergangsbrennstoffe" weiter die Gewinne aus der Ausweitung der Öl-, Gas- und Kohleförderung einstreichen. Der Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaftsentwicklung ist aber für alle Länder von größter Bedeutung, insbesondere für die Länder, die eine historische Verantwortung tragen.

CARE ist überzeugt, dass die nationale Eindämmung der Klimakrise und tatsächliche Emissionsreduzierungen Priorität haben müssen. Dazu gehört die schnelle Abkehr von fossilen Brennstoffen und der Übergang zu nachhaltigen erneuerbaren Energien, die Chancen für die Schaffung von inklusiven Arbeitsplätzen bieten.

Die Vorteile des Handelns übersteigen die damit verbundenen Kosten: Die Umstellung erfordert in etwa 266 Billionen Dollar, ein Zehntel der prognostizierten klimawandelbedingten Verluste in Höhe von 2 328 Billionen Dollar. Demnach würden 1 266 Billionen Dollar an [Schäden im Vergleich zum „Business-as-usual“-Szenario](#) im Zeitraum zwischen 2025 und 2100 eingespart werden. Eine sinnvolle, integrative und vielfältige Beteiligung von Frauen und Mädchen in all ihrer Vielfalt muss auf allen Ebenen der Entwicklung von Marktsystemen und Geschäftsabläufen gefördert werden, von der Entscheidungsfindung über die Umsetzung bis hin zur Verteilung von Gewinnen.



TOP-PRIORITÄTEN

- Die Regierungen müssen ihre [nationalen Klimaschutzbeiträge \(Nationally Determined Contributions, NDCs\)](#) mit [langfristigen Strategien \(Long-Term Strategies, LTS\)](#) abstimmen, um die Ziele des Pariser Abkommens zur Begrenzung der Erhitzung auf 1,5°C einzuhalten.
- Um die "Emissionslücke" und die "Umsetzungslücke" zu schließen, müssen alle Vertragsparteien, insbesondere die Industrie- und G20-Länder, in der nächsten Runde der NDCs, die 2025 fällig ist, stärkere und ehrgeizigere Pläne und Strategien für die Ziele 2030 und 2035 zur Senkung der Treibhausgasemissionen auf einem konsistenten 1,5°C-Pfad vorlegen.
- Die Industrieländer müssen die Länder des sogenannten globalen Südens bei der Umsetzung unterstützen, d. h. durch zusätzliche, erschwingliche und zugängliche Finanzmittel und Technologieentwicklung, damit diese die Emissionsreduktionsziele für den 1,5°C-Pfad einhalten und die Klimaauswirkungen besser bewältigen können.

- Die Troika - Aserbaidschan, Brasilien und die VAE - muss die Diskussion erleichtern und die Umsetzung der Beschlüsse der Globalen Bestandsaufnahme (GST) vorantreiben.
- Die Regierungen müssen ihre Umweltziele verbessern, indem sie die neuen NDCs mit dem [Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework \(KM-GBF\)](#) sowie der GST-Verpflichtung zu „verstärkten Anstrengungen“ zur Eindämmung von Entwaldung, Walddegradierung und Ökosystemumwandlung bis 2030 in Einklang bringen. Dies ist von entscheidender Bedeutung, um die Bestimmung des Pariser Abkommens zu erfüllen, die besagt, dass die Vertragsparteien Maßnahmen ergreifen sollten, um ihre Kohlenstoffspeicher und -senken, wie Wälder und Torfgebiete, zu erhalten und zu verbessern und dass sie dies auf eine gemeinschaftsgeführte, menschenrechtsbasierte Weise tun sollten. Die Bestimmung stellt fest, dass die Vorteile nachhaltiger Land- und Ökosystemkonzepte weit über ihre Emissionsauswirkungen hinausgehen und angemessen honoriert werden müssen.
- Die Vertragsparteien sollten ihre Unterstützung für ausgewogene, widerstandsfähige und gerechte Maßnahmen im Rahmen eines Lebensmittelsystemansatzes verstärken, der die Emissionen über die landwirtschaftliche Produktion hinaus betrachtet - einschließlich Lebensmittelverlust und -verschwendung, Verarbeitung, Transport, Konsum, Verlust an biologischer Vielfalt und Landnutzungsänderungen. Dies ist von entscheidender Bedeutung, um Klimaschutz- und Anpassungsziele zu erreichen und gleichzeitig die lokale, nationale und globale Lebensmittel- und Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Maßnahmen, die auf den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft abzielen (z. B. Nutzung von Lebensmittelabfällen für Energie oder Düngemittel) oder lokale Lieferketten stärken, haben sich in Bezug auf Gerechtigkeit, Widerstandsfähigkeit und Klimaemissionen als wirksam erwiesen und sollten ausgeweitet werden.
- Die Vertragsparteien sollten die Gesundheitssysteme dabei unterstützen, ihre CO₂-Emissionen in Krankenhäusern und Kliniken zu senken, beispielsweise durch Investitionen in die Nutzung erneuerbarer Energien.
- Alle UNFCCC-Vertragsparteien sollten sich auf einen raschen, gerechten und ausgewogenen weltweiten Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe in allen Sektoren bis spätestens 2050 verständigen, im Einklang mit einer Temperaturbegrenzung auf 1,5°C.
- Regierungen und Unternehmen sollten außerdem weitere Maßnahmen ergreifen, um die Dekarbonisierung von Sektoren mit hohem Emissionsausstoß (Schifffahrt, Luftfahrt und Landwirtschaft) zu beschleunigen.

Danksagungen

Das **CARE Climate Justice Center (CJC)** koordinierte die Entwicklung und Zusammenstellung des COP29- Positionspapiers. Das CJC bedankt sich für die Unterstützung von Kollegen aus der gesamten Konföderation, die relevante Informationen, Beiträge und Überprüfungen geliefert haben. Layout von Leigh Ginette Fuentes, CJC.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

The CARE Climate Justice Center

Parkstraat 19, 2514 JD, Den Haag, Nederland

www.careclimatechange.org

cjc-info@carenederland.org